



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

17.09.1993 - Beschlußprotokoll 38. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Nr. 13/551

Stärkung des Französisch-Unterrichts

Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. November 1992
(Drucksache 13/404)

D a z u

Stärkung des Französisch-Unterrichts

Mitteilung des Senats vom 20. Juli 1993
(Drucksache 13/606)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/552

Stärkung des Französisch-Unterrichts im Schuljahr 1994/95

Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. August 1993
(Drucksache 13/619)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/553

Ladenschlußgesetz

Antrag des Abgeordneten Altermann
vom 11. November 1992
(Drucksache 13/393)

D a z u

Änderung der Ladenschlußzeiten für im Fischereihafen befindliche Geschäfte

Mitteilung des Senats vom 20. Juli 1993
(Drucksache 13/607)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/554

Verlegung der Einsatzkräfte „Wache Sandstraße“ nach Huckelriede

Antrag der Fraktion der CDU
vom 2. August 1993
(Drucksache 13/609)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

Nr. 13/555

Rückzahlung der Umzugskosten durch Frau Senatorin Gaertner

Antrag der Fraktion der CDU

vom 2. August 1993

(Drucksache 13/610)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/556

Strukturveränderungen bei der Deutschen Bundespost und beabsichtigte Schließung von Postämtern

Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN

vom 13. September 1993

(Drucksache 13/640)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt nicht die Notwendigkeit von Umstrukturierungen bei der Deutschen Bundespost, um zu effektiveren Angebotsstrukturen zu kommen. Die Deutsche Bundespost mit ihren Dienststellen ist jedoch auch wichtiges Element grundlegender Daseinsvorsorge für die Bevölkerung. Sie ist Teil der Infrastruktur in Ländern, Gemeinden und Stadtteilen, so daß die Auswirkungen von Strukturveränderungen mit diesen abgestimmt werden müssen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat deshalb auf, bei der Bundesregierung und bei der Generaldirektion Post in Bonn sowie bei der Postdirektion Bremen darauf zu drängen, daß die beabsichtigten Schließungen von zahlreichen Postämtern in Bremen und Bremerhaven sofort ausgesetzt und die Folgen dieser Schließungsmaßnahmen bzw. Alternativen mit dem Senat und dem Magistrat der Stadt Bremerhaven erörtert werden können.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ebenfalls bei diesen genannten Bundes- und Poststellen darauf zu drängen, daß die in Kürze vorgesehene Einführung neuer Poststrukturen für das Land Bremen und weite Teile Niedersachsens mit dem Senat und den Kommunen ausreichend besprochen werden können und diese Gebietskörperschaften nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden.
4. Falls die Schließung von Postämtern unvermeidlich sein sollte, soll im Rahmen der Gespräche auch geprüft werden, inwieweit durch mobile bzw. stationäre Verkaufsstellen den negativen Auswirkungen der Schließung von Postämtern begegnet werden kann.

Nr. 13/557

Benennung der bremischen Vertreter für den Ausschuß der Regionen der Europäischen Gemeinschaften (AdR)

Mitteilung des Senats vom 14. September 1993

(Drucksache 13/639)

Die Bürgerschaft (Landtag) benennt Herrn Bürgermeister Klaus Wedemeier zum Mitglied für den Ausschuß.

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt die Benennung des stellvertretenden Mitglieds für den Ausschuß aus.

Nr. 13/558

Ausbau der Eisenbahnstrecke Bremen—Langwedel—Soltau—Uelzen—Stendal

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN,
der FDP und der CDU vom 14. September 1993
(Neufassung der Drs. 13/611 vom 03. 08. 93)
(Drucksache 13/641)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, daß der Bundesminister für Verkehr und die beiden Bundeseisenbahnvorstände am Ausbauziel für das Schienenverkehrsprojekt „Deutsche Einheit“ Uelzen—Stendal, das als neues Vorhaben im „vordringlichen Bedarf“ des Bundesverkehrswegeplans 1992 enthalten ist, festhalten.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) hält es für dringend geboten, daß die Strecke Uelzen—Stendal entsprechend der ursprünglichen Planung bis 1997 zweigleisig elektrifiziert für eine Geschwindigkeit von 160 km/h ausgebaut wird. Wenn ein stufenweiser Ausbau erfolgt, muß die Elektrifizierung schon in der ersten Baustufe, d. h. bis 1997, sichergestellt sein. Nur auf diese Weise ist die Strecke in Verbindung mit der Neubaustrecke Hannover—Berlin so leistungsfähig, daß der Hinterlandverkehr der bremischen und niedersächsischen Häfen mit Berlin und mit den neuen Bundesländern in großem Umfang auf der Bahn, und nicht auf der Straße, abgewickelt und die Wettbewerbsfähigkeit dieser Häfen gestärkt werden kann.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, weiterhin darauf zu drängen, daß dieses Projekt einschließlich der Elektrifizierung bis 1997 fertiggestellt wird. Dies gilt ebenso für den im Bundesverkehrswegeplan 1992 vorgesehenen Ausbau für den Abschnitt Langwedel—Uelzen.

Nr. 13/559

Streichung des Senatsbereiches Frauen

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 16. August 1993
(Drucksache 13/617)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 13/560

Unterstützung Verkehrsträger Binnenschifffahrt

Antrag der Gruppe der NK vom 6. September 1993
(Neufassung der Drs. 13/618 vom 16. 08. 93)
(Drucksache 13/636)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/561

Erhalt eigenständiger Katastrophenschutzeinrichtungen in Bremen

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, DIE GRÜNEN
und der FDP vom 17. September 1993
(Neufassung der Drs. 13/622 vom 18. 08. 93)
(Drucksache 13/645)

Die Veränderungen der militärischen Sicherheitslage machen Kürzungen auch im Bereich der Katastrophenschutzeinrichtungen nötig. So prüft das Bundesministerium des Innern auf Veranlassung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages den Vorschlag des Bundesrechnungshofes, unter anderem den Landes-

verband Bremen des Technischen Hilfswerks und die Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt mit niedersächsischen Einrichtungen zusammenzulegen. Dies würde zur Minderung der Arbeitseffektivität führen. Insbesondere würden die Führung der ehrenamtlichen Helfer erschwert und Arbeitsplätze verloren gehen und bei Unglücken schnelle Hilfe nicht gewährleistet werden können.

Im Rahmen der gemeinsamen Landesplanung muß mit der niedersächsischen Landesregierung eine zukunftsgerichtete Struktur der Zivil- und Katastrophenschutz-einrichtungen vereinbart werden, die dem Bundesinnenministerium als Entscheidungsgrundlage unterbreitet werden kann. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Landesstelle des Bundesverbandes für den Selbstschutz bereits von Bremen nach Hannover verlegt worden ist.

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. mit der niedersächsischen Landesregierung eine Vereinbarung zu treffen, die unter anderem beinhaltet, daß
 - 1.1 der Landesverband Bremen des Technischen Hilfswerks erhalten bleibt, hilfsweise daß der Sitz eines gemeinsamen Landesverbandes Bremen/Niedersachsen in Bremen ist,
 - 1.2 die Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt in Bremen verbleibt und die Wartung von Katastrophenschutzfahrzeugen westniedersächsischer Einrichtungen mit übernimmt;
2. sich unbeschadet der eventuellen Vereinbarung mit der niedersächsischen Landesregierung beim Bundesministerium des Innern einzusetzen für den Erhalt
 - 2.1 der Landesorganisation des Technischen Hilfswerks,
 - 2.2 der Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt.

Nr. 13/562

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 25
vom 24. August 1993
(Drucksache 13/626)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petition wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/563

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 26
vom 7. September 1993
(Drucksache 13/637)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/564

Stiftung „Wohnliche Stadt“ erhalten

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der CDU, der SPD,
DIE GRÜNEN und der FDP vom 15. September 1993
(Neufassung der Drs. 13/638 vom 10. 09. 93)
(Drucksache 13/643)

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß sich die 1980 errichtete Einrichtung der Stiftung „Wohnliche Stadt“ bewährt hat. Die Stiftung ist ein flexibles Mittel, um in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zugunsten der Allgemeinheit

1. das Stadtbild und die kulturelle Wohnqualität zu erhalten und zu verbessern,
2. die Landschaft zu sichern, zu erschließen und zu entwickeln.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt deshalb eine Auflösung der Stiftung bzw. eine Kürzung ihrer finanziellen Ausstattung ab.

Nr. 13/565

Prüfung der Förderung von Niederdeutsch durch Aufnahme in die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN
vom 31. August 1993
(Drucksache 13/629)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Aufnahme des Niederdeutschen in Teil III der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen zu prüfen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zum 31. Dezember 1993 einen Bericht vorzulegen, der die Ergebnisse der Prüfungen zu bereits erfüllten Einzelpunkten der Charta sowie mögliche weitergehende Verpflichtungen und deren Kosten darlegt.

Nr. 13/566

Stellungnahme des Senats zum 15. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 31. August 1993
(Drucksache 13/632)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 15. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Datenschutzausschuß.

Nr. 13/567

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gewährleistung einer gleichrangigen Schulversorgung in den Kommunen der Freien Hansestadt Bremen
Mitteilung des Senats vom 3. August 1993
(Drucksache 13/613)
2. Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Körperschaft des öffentlichen Rechts „Deutschlandradio“, zu dem Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern über die Überleitung von Rechten und Pflichten des Deutschlandfunks und des RIAS Berlin auf die Körperschaft des öffentlichen Rechts „Deutschlandradio“ — Hörfunk-Überleitungsstaatsvertrag — und zur Änderung des Bremischen Landesmediengesetzes
Mitteilung des Senats vom 31. August 1993
(Drucksache 13/631)

